



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der Interessensgemeinschaft ehemaliger DDR-
Flüchtlinge e. V. (IEDF)**

Werden Sie dafür sorgen, dass die vom Gesetzgeber (Beitritt der DDR) nicht vorgesehene, nicht debattierte und nicht beschlossene Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in das RÜG rückabgewickelt wird?

Antwort

Für die Anliegen der DDR-Altübersiedler, die für ein Leben im freien Teil Deutschlands viel wagen und viel aufgeben mussten, haben insbesondere die Unionsparteien sehr viel Verständnis. All denjenigen, die sich dem Unrechtsstaat der DDR entziehen wollten, zollen wir unseren größten Respekt.

Leider ist es aber entgegen allen Bemühungen nicht gelungen, eine praktikable und zugleich verfassungsfeste Lösung im Sinne der DDR-Altübersiedler zu finden, die keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen lässt. Trotz aller Gespräche und Diskussionen, die in den vergangenen Jahren zum Fremdrentengesetz für DDR-Altübersiedler geführt worden sind, war es nicht möglich, deren Anliegen so zu entsprechen, dass dem Grundsatz der Gleichbehandlung und der Verfassung Rechnung getragen werden konnte.

Daher sind nach diesen intensiven Konsultationen zwischen dem Petitionsausschuss und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages sowie dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales alle zuständigen Politiker der Unionsparteien gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD zu dem Schluss gelangt, dass die von der IEDF angestrebte Änderung bedauerlicherweise nicht realisierbar ist.

Diese Auffassung wurde auch durch einschlägige Urteile bestätigt. Beispielsweise hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen die geänderte Bewertung in der DDR zurückgelegter rentenversicherungsrechtlicher Zeiten von Personen, die vor dem 18. Mai 1990 aus der DDR in die damalige Bundesrepublik übersiedelten, nicht zur Entscheidung angenommen (Beschluss vom 16. Januar 2017).

Wir wissen, dass Sie diese Entscheidung nach all den Gesprächen und Beratungen, die dazu geführt wurden, aus Ihrer Sicht und aller derjenigen, die seit vielen Jahren um die Renten nach Fremdrentenrecht gekämpft haben, nicht befriedigend ist. Wir bedauern sehr, dass wir Ihnen keine andere Antwort geben können.